

UKRAINE

„Die Bürger sind das Chaos leid“

Präsident Leonid Kutschma über die Stilllegung des Katastrophen-Reaktors in Tschernobyl, das Verhältnis zu Europa und die Spannungen mit Russland



Staatschef Kutschma
„Einseitiger Schritt“

SPIEGEL: Herr Präsident, wann wird das Atomkraftwerk Tschernobyl denn nun wirklich abgeschaltet?

Kutschma: Am 15. Dezember – genau wie wir das erklärt haben.

SPIEGEL: Solche Versprechen hat es schon viele gegeben.

Kutschma: Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass die Stilllegung ein einseitiger Schritt der Ukraine ist. Wir stehen zu unseren

Verpflichtungen, während die G-7-Länder ihre Verpflichtungen bislang nicht erfüllt haben. Es ist fast so wie bei der vom Westen geforderten Vernichtung unserer Atomwaffen. Damals wurden wir an der Nase herumgeführt – der Westen ließ uns allein mit diesem Problem.

SPIEGEL: Sie haben nicht das Geld erhalten, auf das Sie gehofft haben?

Kutschma: Der Westen hatte uns goldene Berge versprochen. In Wirklichkeit ließ er uns sitzen, wir müssen nun alles aus unserem Staatshaushalt finanzieren.

SPIEGEL: Gerade hat doch eine Geberkonferenz in Berlin weitere 320 Millionen Dollar für den Bau eines neuen Beton-Sarkophags um den Unglücksmeiler bereitgestellt.

Kutschma: Auch das war eine Vorbedingung für die Schließung von Tschernobyl. Europa muss endlich begreifen, dass der explodierte Reaktor nicht nur ein ukrainisches Problem ist.

SPIEGEL: Für Tschernobyl soll mit Geldern aus dem Westen Ersatz geschaffen werden – durch den Bau von zwei neuen Atomreaktoren. Kanzler Schröder wird dafür innenpolitisch kaum Unterstützung finden, Berlin hat gerade den Ausstieg aus der Atomkraft beschlossen.

Kutschma: Es gibt eine Vereinbarung, die von der deutschen Seite mitunterzeichnet wurde. Sonst könnte sich ja auch die Ukraine weigern, Tschernobyl stillzulegen. Aber ich verstehe natürlich die Lage, in der sich Außenminister Fischer befin-

det, angesichts der Stimmung in seiner Partei.

SPIEGEL: In Kiew wird derzeit von Aufbruchstimmung gesprochen. Ihr neuer Regierungschef verkündet ein leichtes Wirtschaftswachstum, er fährt einen harten Sparkurs und will bis Jahresende die Hälfte der Gehaltsschulden an die Bevölkerung zahlen. Sind das wirklich Zeichen für einen Aufschwung in der Ukraine?

Kutschma: Es gibt positive Tendenzen, aber von einem Aufschwung würde ich noch nicht sprechen. Dazu ist der Produktionsanstieg zu gering, und die Inflation ist wieder erheblich gestiegen. Außerdem haben wir seit September keinen Pfennig mehr vom Internationalen Währungsfonds IWF erhalten. Wir mussten Reserven angreifen, um unsere Schulden zu bedienen.

SPIEGEL: Der IWF moniert das Ausbleiben von Reformen, auch in der Landwirtschaft. Ihr Land, einst die Kornkammer Europas, importierte im Frühjahr wieder Getreide. Warum?

Kutschma: Die Situation bessert sich. Der Boden ist inzwischen Eigentum der Landwirte, dank eines Erlasses von mir. Auch das Parlament wird demnächst das Privateigentum an Grund und Boden festschreiben. Doch die Ukraine ist noch kein Markt, sondern ein Basar. Es gibt Händler, die haben zu Ramschpreisen Millionen Tonnen Getreide aufgekauft und Gewinn bringend exportiert.

SPIEGEL: Mit einem Referendum haben Sie im April Ihre eigene Macht gestärkt und die des Parlaments beschnitten. Ist das nicht ein merkwürdiges Verständnis von Demokratie?

Kutschma: Zeigen Sie mir ein Land, wo der Präsident das Parlament nicht auflösen darf.

SPIEGEL: In Deutschland wäre das schwierig.

Kutschma: Ja, aber Deutschland ist auch keine Präsidentsrepublik. Wenn es eine Krise der Macht gibt, soll ich dann rumsitzen und abwarten? Die Abgeordneten der Rada dürfen ein Impeachment-Verfahren gegen mich einleiten, aber ich soll das Parlament nicht auflösen dürfen? Alle Reformen in der Ukraine sind Präsidenten-Er-



Zerstörter Atomreaktor in Tschernobyl, wieder

lassen zu verdanken und nicht Abstimmungen im Parlament. Das Referendum war ein wirklicher Volksentscheid: Die Bürger sind das Chaos bei uns leid. Im Übrigen verbitten wir uns eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten – alles ist verfassungsgemäß abgelaufen.

SPIEGEL: Der Europarat hatte sogar mit dem Ausschluss Ihres Landes gedroht.

Kutschma: Was haben wir denn von diesem Europarat? Wir müssen gewaltige Mitgliedsbeiträge zahlen, damit kommunistische Abgeordnete dorthin fahren können. Oder: Auf Druck des Rates haben wir die Todesstrafe abgeschafft. Nun sitzen bei uns 600 Lebenslängliche, für die wir neue Gefängnisse bauen müssen – auf unsere Kosten, versteht sich.

SPIEGEL: Ein ukrainisches Gefängnis soll ja auch Ihren ehemaligen Premier Pawel Lasarenko aufnehmen, der Hunderte Millionen Dollar veruntreut haben soll und derzeit wegen Geldwäsche in den USA inhaftiert ist. Beginnt jetzt der Kampf gegen die ukrainischen Clans, den Kritiker bei Ihnen bisher vermissten?

Kutschma: Wir werden keine Neuverteilung des Eigentums vornehmen. Eine Privatisierung von Staatseigentum kann niemals

wirklich gerecht sein, aber sie ist nach unseren Gesetzen abgelaufen. Wir kämpfen nur gegen jene, die diese Gesetze unterlaufen haben. Auch wollen wir durch eine Amnestie Hunderte Millionen Dollar zurückholen, die ins Ausland abgeflossen sind. Die Ukraine ist übrigens der erste Staat, der gegen einen so hohen Beamten wie Lasarenko vorgeht.

SPIEGEL: Mit radikalen Steuersenkungen wollen Sie jetzt ausländische Investoren anlocken. Doch die halten sich zurück, gerade ist das gemeinsame Projekt des Militärtransporters An-70 geplatzt. Sind Sie enttäuscht?

Kutschma: Wir haben deutschen Firmen alle Unterlagen des bei uns entwickelten Flugzeugs ausgehändigt. Es gibt kein bes-

„Wenn es eine Krise der Macht gibt, soll ich dann rumsitzen und abwarten?“



aufgebautes Michail-Kloster in Kiev: „Der Westen hat uns goldene Berge versprochen, in Wirklichkeit ließ er uns sitzen“

seres, versicherten Experten, dennoch kam die Absage. Das erinnert mich an die Anekdote vom Bauern, der eine Braut für seinen Sohn sucht. Die, die er auswählt, muss sich auf sein Verlangen nackt ausziehen. Dann lehnt er sie ab. Warum, fragt der Brautvater? Wegen der Augenfarbe, so der Bauer. Warum mussten wir uns vor dem Westen ausziehen?

SPIEGEL: Sie haben inzwischen enge Kontakte mit Westeuropa, diese Woche treffen Sie in Leipzig erneut mit Kanzler Schröder zusammen. Aber die von ukrainischen Politikern erhoffte Mitgliedschaft in der EU ist vorerst unrealistisch. Versinkt Ihr Land in einer Grauzone zwischen Ost und West?

Kutschma: Ohne die Ukraine bleibt das europäische Haus letztlich unvollendet. Nur: Wenn Europa uns langfristig integrieren will, sollte es jetzt keine neuen Mauern an unseren Grenzen errichten. Polen zum Beispiel kann einen Großteil seiner Waren nur bei uns verkaufen, im Westen sind die nicht absetzbar. Außerdem leben 300 000 Polen im Westen der Ukraine. Sind das Polen zweiter Klasse, wenn das künftige EU-Mitglied Polen seine Ostgrenze schließen muss?

SPIEGEL: Werden nicht auch in der Ukraine wieder künstliche Barrieren errichtet? Es gibt Versuche, die russische Sprache zurückzudrängen, obwohl die Hälfte der Bevölkerung Russisch spricht. Warum ist Russisch nicht zweite Amtssprache?

Kutschma: In Russland leben mindestens zehn Millionen Ukrainer. Aber gibt es in Moskau auch nur eine ukrainische Schule, eine ukrainische Fernsehsendung oder eine ukrainische Zeitung? Bei uns dagegen ist die Mehrzahl der Medien russischsprachig.

SPIEGEL: Es gibt viele Probleme mit Ihrem Nachbarn Russland. Sie schulden ihm zum Beispiel für Gaslieferungen bereits zwei Milliarden Dollar. Moskau hätte dafür gern An-

teile an ukrainischen Unternehmen. Wäre das akzeptabel für Sie?

Kutschma: Diese Schulden sind keine Zierde für uns. Prinzipiell sind wir nicht dagegen, wenn sich Russland an der Privatisierung einzelner ukrainischer Unternehmen beteiligt.

SPIEGEL: Aber dann geraten Sie in eine neue Abhängigkeit, angesichts der permanenten Energiekrise in der Ukraine.

Kutschma: Der Einwand ist sehr berechtigt. Wenn Europa die Ukraine mit ihren Problemen allein lässt, wird es unvermeidlich dazu kommen.

SPIEGEL: Derzeit helfen sich die Ukrainer selbst, indem sie zum Ärger Moskaus illegal Gas aus einer russischen Exportpipeline nach Europa abzapfen.

Kutschma: Wer kümmert sich denn um diese veraltete Pipeline? Wir kaufen die nötigen Ersatzteile, nicht Russland. Moskau pumpt jährlich über 130 Milliarden Kubikmeter durch unser Land in den Westen. Wenn hier eine Milliarde abgezapft worden sein soll, was ist das im Verhältnis dazu?

SPIEGEL: Ohne Erlaubnis von oben kommt doch wohl keiner an die Pipeline heran. Wer steckt hinter diesen Diebstählen, und wo verschwinden die Erlöse dafür?

Kutschma: Das hat die Regierung veranlasst. Das Gas wurde weiterverkauft, um mit den Erlösen die äußerst kritische Energiesituation zu entspannen. Im letzten Jahr sind fünf Atomreaktoren ausgefallen, die ein Großteil unseres Stroms lieferten, derzeit liegen fünf weitere still.

SPIEGEL: Russland will jetzt eine Pipeline durch Polen bauen, unter Umgehung der Ukraine. Der Verlust der Transitgebühren müsste Sie ja hart treffen.

Kutschma: Polen ist unser strategischer Partner, der – wie wir hoffen – nicht gegen unsere Interessen handeln wird.

SPIEGEL: Sie beklagen Ihrerseits, dass Russland eine Blockade gegen ukrainische Waren verhängt hat und Ihre Exporte eingebrochen sind. Ist das politischer Druck?

Kutschma: Mit solchen Diskriminierungen wird der Graben zwischen Russland und der Ukraine immer breiter. Ich bin froh, dass Präsident Putin dies versteht.

SPIEGEL: Russland und Weißrussland wollen sich vereinen. Beunruhigt es Sie, dass die Idee einer slawischen Union auch bei den Bürgern Ihres Landes populär ist?

Kutschma: Da stellen sich viele Fragen. Es gibt zum Beispiel andere slawische Staaten in Osteuropa, von deren Mitgliedschaft in solch einer Union aber nicht die Rede ist ...

SPIEGEL: ... Polen, Tschechien, Bulgarien beispielsweise ...

Kutschma: ...und was macht man in dieser Union mit den nichtslawischen Bürgern, von denen es Dutzende Millionen in Russland gibt?

SPIEGEL: Sie fürchten, dass Moskauer Pläne für einen neuen Einheitsstaat hinter dieser Idee stecken?

Kutschma: Russland bleibt unser strategischer Partner. Aber es ist kein Geheimnis, dass viele Politiker in Moskau die Unabhängigkeit der Ukraine nur als vorübergehende Erscheinung betrachten. Im Übrigen bezweifle ich, dass der gemeinsame Staat der Russen und Weißrussen zu Stande kommt.



Präsidenten Kutschma, Putin in Kiev
„Der Graben wird immer breiter“

INTERVIEW: UWE KLUSSMANN, CHRISTIAN NEEF